

Buchbesprechungen

Stefan Glaß: Für ein direktes Preisniveauziel in der Geldpolitik, Untersuchungen zur Wirtschaftspolitik, Nr. 104, herausgegeben vom Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln, Köln 1996, 381 S.

Sollte eine Zentralbank neben der Aufgabe, für ein stabiles Preisniveau zu sorgen, zusätzlich das Ziel verfolgen, weitere ökonomische Größen wie das Sozialprodukt oder die Arbeitslosenrate zu beeinflussen? Sollte eine Zentralbank einer festen geldpolitischen Regel folgen oder diskretionär auf besondere Einflüsse oder Störungen reagieren? Solche und ähnliche Fragen über den geldpolitischen Kurs einer Notenbank sind immer wieder Gegenstand wirtschaftspolitischer Diskussionen. Auch die Geldpolitik der Deutschen Bundesbank ist in dieser Hinsicht trotz einer im internationalen Vergleich niedrigen Inflationsrate häufig kritisiert worden. Die eine Seite bemängelt, daß die Bundesbank die Geldmengenziele, die sie sich selbst seit 1974 gesetzt hat, häufig verfehlt hat, die andere Seite kritisiert, daß die Bundesbank auf verschiedene Störungen wie die beiden Ölpreisschocks nicht entsprechend reagiert habe. Es stellt sich also die Frage, ob die Geldpolitik der Bundesbank in den letzten zwanzig Jahren erfolgreich war, oder ob eine grundsätzlich andere Politik zu mehr Stabilität geführt hätte.

Stefan Glaß tritt für eine geldpolitische Konzeption ein, die direkt darauf abzielt, die Inflationsrate *in jedem Jahr* auf einem konstant niedrigen Niveau zu halten. Er stellt dieser die streng monetaristische Regel gegenüber, nach welcher die Geldmenge von Jahr zu Jahr mit einer konstanten Rate wachsen soll, so daß das Preisniveau *im Durchschnitt über mehrere Jahre hinweg* konstant ist. Glaß kommt zu dem Schluß, daß die Zentralbank gesetzlich verpflichtet werden sollte, das Preisniveau des Bruttoinlandsproduktes von Jahr zu Jahr konstant zu halten, daß eine solche Regelbindung erheblich bessere Stabilitätsergebnisse als die bisherige Geldpolitik der Deutschen Bundesbank liefern würde und daß eine mittelfristig potentialorientierte Geldmengenregel nicht sinnvoll sei.

Im ersten Kapitel erläutert *Glaß* die Problemstellung und gibt einen Überblick über die Vorgehensweise seiner Untersuchung. Danach befaßt er sich mit der Frage, welche Höhe der Inflationsrate eine Notenbank anstreben sollte, und stellt die beiden zu vergleichenden geldpolitischen Konzeptionen vor. Gegenstand des dritten Kapitels ist die empirische Analyse der langfristigen Entwicklung und des zyklischen Verhaltens von verschiedenen Geldmengenlaufgeschwindigkeiten sowie der entsprechenden Geldmengenmultiplikatoren in der BRD. Im vierten Kapitel vergleicht *Glaß* die stabilitätspolitischen Eigenschaften der beiden geldpolitischen Konzeptionen, erläutert anhand konkreter Beispiele verschiedene Ursachen für Fluktuationen in der Umlaufgeschwindigkeit und führt aus, wie sich daraus Konjunkturschwankungen entwickeln können. Das fünfte und letzte Kapitel hat den institutionellen Rahmen der Geldpolitik zum Inhalt.

Im Hinblick auf das Preisniveauziel sieht *Glaß* es als selbstverständlich an, daß im Zeitablauf Preisniveaustabilität gewährleistet sein sollte in dem Sinne, daß die Kaufkraft des Geldes sich nicht ändert, und führt zahlreiche Beispiele an für gesamtwirtschaftliche Kosten aufgrund hoher Inflationsraten und Schwankungen derselben. Er geht jedoch nicht ein auf die Diskussion über die optimale Inflationsrate. Insbesondere wohlfahrtstheoretische Überlegungen, die zum Schluß kommen, daß die optimale Inflationsrate gleich dem negativen Realzinssatz ist, werden vollkommen ignoriert. Auch setzt er sich nicht mit Argumenten für eine stetige, aber mäßige Inflation auseinander, die von Vertretern der keynesianischen Richtung angeführt werden. Hier findet sich beispielsweise die Überlegung, daß in bestimmten Situationen eine Reallohnsenkung die Arbeitslosigkeit verringern könnte, eine Senkung des Nominallohnes praktisch jedoch nicht zu erreichen ist. In diesem Fall führt eine mäßige Inflation über eine Reduktion des Reallohns zu geringerer Arbeitslosigkeit. Die prinzipielle negative Wirkung der Inflation wird nach dieser Ansicht nicht bestritten, aber man geht davon aus, daß die Effekte, die *Glaß* beschreibt, bei einer geringen Inflationsrate von 3 % bis 4 % pro Jahr kaum oder überhaupt nicht auftreten.

Glaß strebt jedoch keine Inflationsrate von 0 % an, weil aufgrund von Verbesserungen in der Produktqualität und Substitutionseffekten auf der Nachfrageseite die gemessene Inflationsrate die tatsächliche Preisniveaumentwicklung überzeichne. Andererseits gebe es aber auch Qualitätsverschlechterungen. *Glaß* sieht nun „(b)ei Abwägung aller relevanten Aspekte“ (S. 13) eine gemessene Inflationsrate von 1 % als Preisniveaustabilität an. Dieser Wert beruht jedoch nicht auf quantitativen Untersuchungen, sondern hat sich anscheinend auf folgende Art und Weise ergeben: Für wirkliche Kaufkraftstabilität sind 2 % Inflation, der halboffizielle Zielwert der Deutschen Bundesbank, etwas zuviel, 0 % sind etwas zuwenig, also dürfte 1 % die richtige Höhe sein. Auf diesen Wert bezieht sich *Glaß* im Verlauf des Buches immer wieder, wie z.B. auf Seite 187: „1 vH gemessene Inflation bedeutet ja materiell Preisniveaustabilität“. Am Rande sei noch angemerkt, daß *Glaß* an späterer Stelle (S. 223) in einem anderen Zusammenhang unterstellt, „daß Änderungen in der Produktqualität bei der Berechnung gesamtwirtschaftlicher Preisindizes mit hinreichender Genauigkeit berücksichtigt werden“. In der zugehörigen Fußnote führt er aus: „Diese Annahme ist realistisch, denn das Statistische Bundesamt bemüht sich, Änderungen der Güterqualität bei der Erfassung der Preisänderungen der Güter auszuschalten.“

Nach der monetaristischen Vorstellung sollte die Geldmenge mit einer konstanten Rate wachsen, die sich bestimmt als die Differenz zwischen der zukünftigen Wachstumsrate des Potentialoutputs und der zukünftigen durchschnittlichen Veränderungsrate der Umlaufgeschwindigkeit der entsprechenden Geldmenge. Dies garantiert, daß im Durchschnitt die Inflationsrate 0 % beträgt. Wie *Glaß* ausführt, werden die verschiedenen ökonomischen Größen wie Sozialprodukt, Preisniveau und Umlaufgeschwindigkeit zyklische Schwankungen aufweisen, die jedoch nach monetaristischer Auffassung unvermeidbar sind. *Glaß* glaubt, diese Schwankungen eliminieren zu können, indem die Wachstumsrate der Geldmenge nach folgender „Planungsformel“ festgelegt wird:

$$g_B^z = g_{Y(\text{real})}^e + g_P^z - g_{V(B)}^e.$$

Hier steht $g_{V(\text{real})}^e$ für die erwartete Wachstumsrate des realen Sozialprodukts, g_P^z ist der angestrebte Wert der Inflationsrate und $g_{V(B)}^e$ die erwartete Veränderungsrate der Umlaufgeschwindigkeit. Die Wachstumsrate der Geldmenge, welche die Zentralbank zu realisieren hat, ist dann gegeben durch g_B^z . Dabei stellt *Glaß* auf die bereinigte Geldbasis ab, welche die Bundesbank, im Gegensatz zu M1 oder M3, zumindest im Jahresdurchschnitt weitestgehend kontrollieren kann. (Die obige Gleichung ist eine Approximation der Formel von *Glaß*, der die Produkte der Wachstumsraten, die bei Berechnungen in diskreter Zeit auftreten und oft vernachlässigt werden, mitberücksichtigt. Dieser Unterschied hat keinen Einfluß auf die nachfolgende Diskussion.)

Zunächst erweckt *Glaß* den Eindruck, das ganze Problem sei darauf reduziert, eine einzige Größe, nämlich $g_{V(B)}^e$, zu prognostizieren, denn „(d)er gesamte Einfluß der Kreditinstitute und der Nichtbanken auf die Wachstumsrate des nominalen Bruttoinlandsproduktes wird in der Variablen $g_{V(B)}^e$ in korrekter und zugleich analytisch einfacher Weise berücksichtigt“ (S. 52). Später räumt er ein, daß unterschiedliche Werte der Geldmengenwachstumsrate auch unterschiedliche Werte der Änderungsrate der Umlaufgeschwindigkeit und der Wachstumsrate des Sozialproduktes implizieren und somit ein komplettes ökonomisches Modell nötig ist, um die relevanten Größen prognostizieren zu können. Somit stellt die obige Gleichung keine Verhaltensregel für die Zentralbank dar, sondern ist lediglich eine Umformung der Quantitätsgleichung, formuliert in zukünftigen erwarteten bzw. geplanten Größen. Daher ist es kaum angebracht, diese Gleichung als „Planungsformel“ zu bezeichnen.

Weiterhin ist zu beachten, daß die prognostizierten Werte vom verwendeten Modell abhängen. Das richtige ökonomische Modell gibt es nicht und wird es auch wohl nie geben; insbesondere werden in dieser Hinsicht immer wieder Diskussionen der Anhänger unterschiedlicher Schulen auftreten. Auf eine diesbezügliche Aussage von *Glaß* (S. 65f.), es sei „durchaus möglich, daß eine Forschungsinstitution mit einem fehlerhaften Prognosemodell und unter Verwendung falscher Annahmen über einige zukünftige Daten eine Konjunkturprognose erstellt, die letzten Endes die tatsächliche Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Variablen weitgehend zutreffend vorhersagt“, weil „sich verschiedene (kleinere oder auch größere) Detailfehler zufällig so (kompensieren), daß das Endergebnis der Prognose in beachtlichem Maße der tatsächlichen Entwicklung nahekommt“, muß wohl nicht näher eingegangen werden.

Sieht man von dieser Problematik ab, stellt sich zunächst die Frage, ob es überhaupt möglich ist, die Geldmengenwachstumsrate so festzusetzen, daß die gewünschte Inflationsrate auch erreicht wird. Die Begründung dafür sieht *Glaß* darin, daß der Sachverständigenrat die Inflationsrate in den vergangenen zwanzig Jahren relativ genau (mit einem mittleren absoluten Fehler von etwa 0,43 Prozentpunkten) prognostiziert hat. Das würde implizieren, „daß die Zentralbank die Schwankungen der jährlichen Inflationsrate des Bruttoinlandsproduktes in einem engen Band um den anzustrebenden Wert von 1 vH p. a. halten könnte“ (S. 169). Hier ist zunächst einzuwenden, daß prinzipiell Prognose nicht gleichzusetzen ist mit Kontrolle. Man kann sich unschwer den Fall vorstellen, daß eine Größe vollständig prognostiziert, aber nicht kontrolliert werden kann. Weiterhin greift an dieser Stelle die *Lucas-Kritik*: Eine geldpolitische Konzeption, die direkt auf

Preisniveaustabilität abstellt, stellt eine geldpolitische Kursänderung dar; sie würde im Zeitablauf wohl stärkere Schwankungen der Geldmengenwachstumsrate nach sich ziehen als die jetzige Politik der Deutschen Bundesbank, welche man als grundsätzlich monetaristisch mit diskreten Elementen bezeichnen könnte. Eine neue geldpolitische Regel bedeutet jedoch auch eine Veränderung der statistischen Eigenschaften der betrachteten Zeitreihen, so daß sich auch die Prognosegüte für die Inflationsrate ändern dürfte. Es erstaunt, daß Glaß diesen Punkt nicht sieht, weil er im gleichen Kapitel die Ergebnisse von Simulationsstudien zur Beurteilung alternativer geldpolitischer Regeln gerade mit der Lucas-Kritik zu entkräften versucht.

In enger Verbindung mit der *Lucas*-Kritik steht auch die empirische Beobachtung, daß das Preisniveau in äußerst komplexer Art und Weise auf Geldmengenänderungen reagiert. Die Monetaristen betonen die langen und variablen Lags der Geldpolitik, womit sie meinen, daß es zum einen relativ lange dauert, bis die Geldpolitik greift, und daß zum anderen diese Dauer schwer abzuschätzen ist. Auf diese Problematik geht *Glaß* mit keinem Wort ein. Dagegen definiert er den Time Lag der Geldpolitik als „die Zeitspanne, die vergeht, bis eine Erhöhung der Geldmengenwachstumsrate ... zu einer ebenso großen Zunahme der Inflationsrate führt“ (S. 58).

Zu den stabilitätspolitischen Eigenschaften der alternativen Regeln sei hier erstens angemerkt, daß *Glaß* im Rahmen der empirischen Untersuchungen die zyklische Komponente einer (logarithmierten) Variablen als die Abweichung von einem geschätzten linearen Zeitrend definiert, ohne auf die Problematik eines möglicherweise stochastischen Trends einzugehen. Andererseits (S. 103 ff.) verwendet er die Ergebnisse einer Untersuchung des Sachverständigenrates, der eine Kointegrationsbeziehung, also einen impliziten stochastischen Trend, geschätzt hat. Zweitens hängt die Beantwortung der Frage, ob die von *Glaß* vorgeschlagene geldpolitische Regel zu geringeren zyklischen Schwankungen führt, davon ab, ob diese die Variabilität der Umlaufgeschwindigkeit in der Tat reduzieren kann. Denn ein stabiles Preisniveau bedeutet nicht notwendigerweise eine geringe Variabilität der Umlaufgeschwindigkeit um den Trendpfad.

Weiterhin ist festzustellen, daß *Glaß* nicht immer zwischen einer monetaristischen Geldmengenregel einerseits und der Geldpolitik der Deutschen Bundesbank in den letzten zwanzig Jahren andererseits unterscheidet. Auf S. 340 behauptet er, daß „die von der Deutschen Bundesbank betriebene Strategie der mittelfristig potentialorientierten Geldmengensteuerung“ die Ursache der hohen Inflationsraten gewesen ist. Dies impliziert die Aussage, die Bundesbank habe eine strenge monetaristische Geldpolitik betrieben, und diese Politik habe zu hohen und variablen Inflationsraten geführt. Dagegen stellt *Glaß* an anderer Stelle (S. 197) fest: „Die Bundesbank hat jedoch nie eine streng monetaristische Geldpolitik betrieben.“ Damit sind die hohen Inflationsraten auch nicht einer monetaristischen Geldmengenregel zuzuschreiben.

Schließlich ist noch eine Anmerkung zur Länge des Buches angebracht. Mit 381 Seiten ist das Werk recht umfangreich geworden. Die Argumente des Autors hätten sicherlich an Prägnanz gewonnen, wenn nicht nach (fast) jeder Erläuterung eines ökonomischen Sachverhaltes der vollkommen symmetrisch verlaufende Gegenfall in aller Ausführlichkeit, manchmal über Seiten, manchmal über Unter-

kapitel hinweg, dargestellt worden wäre. Der angesprochene Leserkreis dürfte intellektuell durchaus in der Lage sein, sich beispielsweise die Wirkungen von Bargeldrückflüssen aus dem Ausland auf die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes (Kap. IV.C.2.d) vorzustellen, wenn zuvor die Effekte von Bargeldabflüssen in das Ausland (Kap. IV.C.1.c) eingehend diskutiert worden sind.

Alles in allem gibt das Buch einen umfassenden Überblick über die Geldpolitik der Deutschen Bundesbank seit dem Ende des Bretton-Woods-Systems fixer Wechselkurse und dem praktisch zeitgleichen Beginn der Politik der Bundesbank, ein Geldmengenziel anzukündigen. *Glaß* legt dar, wann und aus welchen Gründen die Bundesbank von ihrer Ankündigung abgewichen ist, und führt aus, daß nach seiner Meinung mit einer geldpolitischen Konzeption, die direkt auf ein Preisniveauziel ausgerichtet gewesen wäre, bessere Stabilitätsergebnisse erzielt worden wären. Wenn auch die Argumente nicht immer überzeugen, so bieten sie dennoch, wie Prof. Dr. *Donges*, der Mitherausgeber der Reihe, im Vorwort feststellt, eine Grundlage für eine interessante Diskussion über die geldpolitische Konzeption der Deutschen Bundesbank und über die Ausgestaltung einer zukünftigen Europäischen Zentralbank.

Jürgen Ehlgen, Siegen

Bernhard Fischer und *Beate Reszat* (Hrsg.): Internationale Integration der Devisen-, Finanz- und Kapitalmärkte, Veröffentlichungen des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung Hamburg, Band 25, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1996, 222 S.

Infolge der anhaltenden weltweiten Deregulierung auf den Finanzmärkten und der zunehmenden weltwirtschaftlichen Globalisierungstendenzen läßt sich seit mehreren Jahren auch eine engere Verknüpfung der internationalen Devisen-, Finanz- und Kapitalmärkte beobachten. Daraus entstehen nicht nur attraktive neue Geschäftsfelder und veränderte Wettbewerbsbedingungen für die Marktteilnehmer, sondern möglicherweise auch bedeutende Risikopotentiale für das weltweite Finanzsystem.

Neben der theoretisch fundierten Aufarbeitung von tagesaktuellen Systemshocks, wie beispielsweise der Mexiko-Krise und dem Barings-Konkurs, und der kritischen wissenschaftlichen Begleitung der politisch motivierten europäischen Währungsintegration kommt daher der Verbesserung des grundlegenden Verständnisses der komplexen Wirkungszusammenhänge auf den internationalen Finanzmärkten eine hohe Bedeutung zu. Der anspruchsvollen Aufgabe, dieses Verständnis weiter zu vertiefen, stellen sich die Teilnehmerbeiträge des vom HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg zum Thema „Internationale Integration der Devisen-, Finanz- und Kapitalmärkte“ veranstalteten Workshops. Die Autoren sind Mitarbeiter des HWWA-Instituts und des Instituts für Asienkunde, Hamburg. Ihre Beiträge werden von Vertretern verschiedener deutscher Hochschulen und der OECD in Paris kommentiert.

Beate Reszat beschreibt in ihrem Artikel „Devisenhandel in Tokio und London: Praktiken und Risiken“ zunächst die historische Entwicklung dieser beiden Welt-

devisenzentren, bevor sie kenntnisreich die wesentlichen Strukturmerkmale der zwei Marktplätze vergleicht. Bei der anschließenden Risikoanalyse führt sie die Ereignisse auf den japanischen Finanzmärkten in den 80er Jahren vor allem auf die hohe Risikoneigung der Marktteilnehmer und das rasante Marktwachstum zurück. Abschließend diskutiert sie die aktuellen Ansätze der Aufsichtsbehörden und die Initiativen der internationalen Marktteilnehmer zur Verbesserung der Überwachung und Kontrolle der Risiken, die vor allem von dem außerbörslichen Marktsegment ausgehen.

Die Rolle internationaler Kapitalströme in bzw. nach Lateinamerika und deren Auswirkungen auf die Stabilitätspolitik untersucht *Bernd Schnatz* am Beispiel von Chile und Mexiko. Seine interessante theoretische und empirische Untersuchung vermittelt anschaulich, warum beide Länder, trotz ähnlicher Ausgangspositionen zu Beginn der 80er Jahre, derart unterschiedliche Entwicklungen vollzogen haben. Während Chile nach wie vor als „Musterschüler“ unter den Emerging Markets gilt, muß Mexiko immer noch die Folgen der Peso-Krise von Ende 1994 verarbeiten. Die Analyse des währungs- und finanzpolitischen Instrumentariums zur Beeinflussung ausländischer Kapitalzuflüsse zeigt eindrucksvoll die Anforderungen und die begrenzten Möglichkeiten einer Stabilisierungspolitik auf.

Das aktuelle Thema der Europäischen Währungsunion wird in dem Beitrag von *Rasul Shams* in den übergeordneten Zusammenhang der regionalen Währungsblöcke gestellt. Die bekannten theoretischen Ansätze optimaler Währungsgebiete erweitert er um einen „raumdynamischen“ Ansatz und entwickelt darauf aufbauend ein Konzept „natürlicher“ Währungsblöcke. Anschließend untersucht er die Entstehungswahrscheinlichkeiten und Erfolgsaussichten von Währungsblöcken in Europa, Nordamerika und Ostasien. Dabei wird deutlich, daß allein die Existenz günstiger Voraussetzungen für die Entstehung natürlicher Währungsblöcke keineswegs ausreichend für die tatsächliche Herausbildung eines regionalen Währungsblocks ist. Dazu ist vielmehr grundsätzlich eine formale politische Entscheidung erforderlich.

Der anspruchsvollen Aufgabe, die politischen Zielsetzungen der europäischen Kapitalmarktintegration mit den tatsächlich existierenden Strukturen auf den EU-Kapitalmärkten zu vergleichen, stellt sich *Ulrike Dennig* in ihrem Workshop-Beitrag. Zwar konnte das Integrationskonzept der EU mittlerweile in Form von Richtlinien umgesetzt werden, aber die empirische Analyse zeigt, daß noch keinesfalls von einem integrierten europäischen Finanzmarkt die Rede sein kann. Immerhin haben die Regelungen zu einer Erhöhung der Sicherheit und Transparenz auf den nationalen Finanzmärkten beigetragen.

Einen Beitrag aus mikroökonomischer Perspektive steuert *Ralf Müller* unter dem Titel „Die Finanzmittelallokation ausländischer Banken in Südkorea“ bei. Seiner Analyse zufolge hat sich der Anteil ausländischer Banken an der Kreditvergabe in Südkorea seit Mitte der 80er Jahre halbiert. Dies ist um so bemerkenswerter, da die ausländischen Banken, gemessen am Anteil notleidender Kredite an ihren Aktiva, im Vergleich zu den inländischen Geschäftsbanken als besonders effiziente Finanzintermediäre gelten. Auch wenn die gestiegene Bedeutung und Wettbewerbsfähigkeit der südkoreanischen Inlandsbanken vor allem eine Folge der bereits durchgeführten Deregulierung des Finanzsystems ist, so zeigt Müller

durchaus weiteren Deregulierungsbedarf auf, um das Potential sowohl der ausländischen als auch der inländischen Banken in Südkorea noch besser zu nutzen.

In dem abschließenden Beitrag zu diesem Tagungsband befaßt sich *Margot Schüller* mit der „Finanzmarktreform in China“ seit dem Beginn der 80er Jahre. Sie beschreibt detailliert die Strukturen und Entwicklungen des chinesischen Bankensystems und der Wertpapiermärkte und verwendet als Referenzrahmen für die Analyse der Liberalisierung des Finanzsystems die „Financial Repression“-Theorie. Ihrer Einschätzung zufolge hat China seit den Zeiten der Zentralverwaltungswirtschaft bedeutende Fortschritte bei der Verbesserung der Finanzmarktstrukturen erzielen können. Allerdings fällt auf, daß die Entwicklung der Realwirtschaft in Richtung einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ erheblich weiter fortgeschritten ist als die Transformation des Finanzsystems. Die Effizienz des Finanzsystems und die Integration in internationale Finanzstrukturen wird u. a. durch das Festhalten an dem Instrumentarium der staatlichen Kreditlenkung behindert. Möglicherweise erhalten die politischen Entscheidungsträger Chinas in dieser Hinsicht durch die bevorstehende Integration des hocheffizienten Wirtschafts- und Finanzsystems Hongkongs positive Impulse.

Den Veranstaltern des Workshops und den Herausgebern des Tagungsbandes ist es in bemerkenswerter Weise gelungen, ein breites Spektrum an interessanten und sowohl theoretisch wie auch empirisch anspruchsvollen Beiträgen zusammenzustellen. Die jeweiligen Kommentierungen zu den einzelnen Aufsätzen bieten nicht nur konstruktive Kritik, sondern insbesondere ergänzende und vertiefende Analysen. Dem Leser hätte möglicherweise durch einen Überblicksartikel der Zusammenhang der Einzelbeiträge unter der globalen Themenstellung besser vermittelt werden können. Aber auch so stellen die in diesem Sammelband enthaltenen Artikel und Kommentare eine gewinnbringende Lektüre dar.

Ulrich Dickel, Freiburg